

Demokratie im Zwinger

In Hamburg sind die Nächte lang. So will es jedenfalls der Text eines alten Schlagers. Aber vielleicht beginnt es dort und anderswo in Bundesrepublikanien für den einen oder anderen doch noch allmählich zu dämmern; denn ein ausgewiesener Historiker und Professor namens Josef Foschepoth hat nämlich das Ergebnis seiner Forschungsarbeit in schattigen Amtarchiven veröffentlicht und politisch prickelnde Feststellungen getroffen.

Nicht etwa, daß er die inzwischen kollabierte DDR als „das am besten und am meisten überwachte Land in Europa, vielleicht auch weltweit“ bezeichnet hat, denn so etwas durfte man immer schon im „Westen“ wissen und auch sagen. „Daß aber auch in der Bundesrepublik ähnliche Zustände herrschten, ist neu“, kommentierte der parastaatl. Sender 3Sat die brisante Neuerscheinung.

Nun, neu dürfte das allenfalls für die wohlgetrimmten Redakteure von 3Sat gewesen sein, denn jeder, der Augen hatte zu sehen, wußte seit 1945, daß der Eisener Vorhang die Frontlinie zweier Besatzungsmächte mit vergleichbaren Herrschaftsansprüchen war und blieb.

Die „interzonale“ Post wurde von den Behörden der BRD nicht weniger sorgfältig gesiebt wie in der „häßlichen Schwester“ DDR, stellt Herr Foschepoth in seinem Buch „Überwachtes Deutschland“, (Vandenhoeck & Ruprecht 2012, ISBN-13: 978-3525300411) fest.

Nicht nur Post- und Zollbeamte haben zensiert, auch die Bundeswehr zensierte amtlich: „Zigtausend Briefe kamen nie an“, erinnert sich ein ehemaliger Soldat der Zensurkompanie, der ausgerechnet Mielke heißt, wie der Stasi-Minister. Er entwarf auch, ganz Geheimdienstler, „Vernetzungsprofile“ der durch Briefe oder Päckchen postalisch verbundenen Bürger.

Besondere „Aussonderungszentren“ mit „geheimen Überwachungsräumen“ gab es in bestimmten Großstädten, aber solche auch „eigentlich in jedem größeren Postamt“, so Prof. Foschepoth. Und: „Einmal für die Überwachung der deutsch-deutschen Post und dann aber auch ... eine Überwachungsraumlichkeit unterschiedlicher Größenordnung für die Alliierten, für die Besatzungsmächte.“ Die BRD-Zensur wurde ihrerseits „westlich“ zensiert. Die 3Sat-Leute stellen fest: „Der Freiburger Historiker konnte erstmals strenggeheime Akten sichten und fand heraus: In westdeutschen Postämtern wurden in großem Stil Telefone angezapft und die Post überwacht, über Jahrzehnte.“

Besonders auffällig ist hier die Verwendung der Vergangenheitsform, denn - so sagt Foschepoth - „die Sonderrechte der Alliierten gelten übrigens immer noch“ (!), wie 3Sat feststellt, dank einer von Konrad Adenauer mit den Alliierten getroffenen Geheimvereinbarung - am Parlament vorbei, also doppelt geheim. „Ich habe die entsprechenden Akten und Quellen in Washington und London durchgeschaut“, so Foschepoth, „auch bis dahin teilweise noch geheim gehaltene Akten einsehen können.“ Er habe verwundert festgestellt, daß Adenauer „den alliierten Geheimdiensten praktisch einen rechtsfreien Raum, ein rechtsfreies Agieren in der Bundesrepublik zusicherte“, was Zensur-Soldat Thomas Mielke freilich überhaupt nicht wundert: „Natürlich wußten wir, daß wir nicht souverän sind als Bundeswehr, als Bundesrepublik Deutschland.“ Wie bitte? Rechtsfreie Räume in der Demokratie? Könnte hierzulande nicht vorkommen! Höchstens, daß ein Minister Personalakte nach Hause nimmt und in einem Schuhkarton im Keller verwahrt. Aber das ist ja bloß Lokalkolorit.

Freie Presse?

In Europa wurde lange um eine freie Presse gerungen, erreicht ist das Ziel nicht. Jedenfalls nicht, wenn man das Geschehen anders bewertet als die Herrschenden. Beispiel: Will man sich über den Bürgerkrieg in Syrien und seine Gründe informieren, so findet man in den EU-Medien *ausschließlich* die Meinung der NATO. Andere Standpunkte sind unerwünscht.

Schlimmer: anderslautende Stimmen werden abgewürgt. So hat die EU die Übertragung des Senders Press TV (Iran) über Satellit beendet. Am 15.10. hat EutelSat 19 Kanäle und Rundfunksender Irans abgedreht.

Die britische „Ofcom“-Behörde hat die Übertragungen von Press TV über den Sky-Satellit verboten. Die BRD schloß sich dem an, was die UN-Beschlüsse 381 und 819 verletzt (Verbot, den freien Meinungsaustausch zu behindern).

Die bekannte Journalistin Yvonne Ridley: „Dieser Fall offenbart einmal mehr, daß die sogenannte Freie Welt die Wahrheit nicht ertragen kann; sie werden nicht zögern, extreme Zensurmaßnahmen anzuwenden...“ Es geht nicht allein um den Iran, dasselbe gilt für die staatlichen Sender Syriens seit September (wie zuvor für Libyen). Nilesat und Arabsat übertragen nur noch die Sender der sog. syrischen „Opposition“.

Der Chef des *Broadcasting Board of Governors* (England) sagte öffentlich im Oktober 2010, seine Behörde „müßte gegen den Feind kämpfen“. Er nannte den „Feind“: Press TV (Iran), CCTV (China), RT (Rußland) und... Venezuela. Also alle, die die NATO-Kriegspolitik kritisieren.

Inzwischen geben USA, Frankreich, England und die BRD ganz offen ihre Unterstützung der aufständischen Syrer und der islamistischen Söldner aus Arabien und Libyen zu.

*Allen unseren Lesern und Freunden
wünschen wir ein frohes Fest und ein
gutes Jahr 2013!*

*Bitte, unterstützen Sie weiterhin
unsere Arbeit mit Ihrer Spende.*

Danke!

Panorama der Globalisierung

Die „Entkolonialisierung“ wurde nach 1945 mit besonderem Nachdruck von USA betrieben. Hinter dem Schild der „Menschenrechte“ und der „Entwicklungshilfe“ haben sich in Afrika, an Stelle der europäischen Staaten, gewisse Konzerne und Organisationen wie Weltbank, CIA, NATO und manche privatrechtliche HOG-Vereine („Heuchler ohne Grenzen“) breitgemacht. Seltsam nur, daß die ehemals „Kolonisierten“ jetzt, in einer urdemokratischen Abstimmung mit den Füßen, nordwärts zu ihren tatsächlichen oder angeblichen Unterdrückern von einst pilgern. Sie fliehen vor der Korruption, der Unterdrückung, dem Elend und der manchmal uferlosen Gewalt in ihren „befreiten“ Ländern. Unübersehbar schaffen sie allerdings in Europa mit ihrer Wanderung eine Reihe von Problemen, die unter der Herrschaft der hiesigen „Politischen Korrektheit“ kaum angesprochen werden dürfen, geschweige denn gelöst werden können.

In Frankreich, wo man noch Reste der Redefreiheit finden kann, meinte dazu der Schriftsteller Renaud Camus: „Keine Episode seit fünfzehn Jahrhunderten, nicht einmal der Hundertjährige Krieg, nicht die deutsche Besetzung, haben für das Vaterland eine so große, so verhängnisvolle, so in ihren Folgen virtuell endgültige Bedrohung bedeutet wie der Austausch der Bevölkerung.“

Georges Marchais, als Chef der KP Frankreichs wohl kaum als „Rechtsradikaler“ oder „Neonazi“ zu bezeichnen, warnte schon vor mehr als fünfzehn Jahren: „Die Fortsetzung der Einwanderung schafft ernste Probleme, man muß sich dem stellen und rasch die unverzichtbaren Maßnahmen ergreifen. Die kritische Marke ist erreicht...“

Cecilia Malmström, „Innenministerin“ der EU, sagte hingegen in Paris, Europa müsse die Einwanderung „nicht als Bedrohung, sondern als Chance betrachten“. Chance - wozu?... Das sagte sie nicht, aber sie schlug vor, das Überangebot an indischen und chinesischen Fachkräften nach Europa zu holen.

Yvan Rioufol stellt hingegen fest: „Das Land ist nicht mehr in Ordnung, wenn es Nichteuropäer ruft, um 500.000 offene Stellen zu besetzen, während 2.700.000 Arbeitslose von der erschöpften nationalen Solidarität unterstützt werden.“

Eine der gefährlichsten Seuchen Afrikas, der sog. HIV-Virus, veranlaßte die UNO im Jahre 2002, einen weiteren Fond zu gründen. Seine „Botschafterin“ wurde Madame Bruni-Sarkozy. Bis 2012 hat der Fond 16,2 Milliarden Dollar ausgegeben. Exekutiv-Direktor Michel Kazatchkine geriet wegen regelwidriger Verwendung von 63 Millionen Dollar und wegen erwiesenen Betrugs (10 Millionen Dollar) ins Visier - und weil manche Aktionen abseits der normalen Abwicklung einem Freund der Bruni-Sarkozy zugeschanzt worden waren; er mußte zurücktreten. Der (interimistische) neue Direktor, der Kolumbianer G. Jaramillo, verfügte 116 Entlassungen im Apparat (teils „einvernehmlich“), das sind 22 % der Belegschaft, sowie ein Umbau der Organisation; der kostete 22 Millionen Dollar (Entschädigungen, Repatriierungen usw.). Es hat keine schweren Rechtsfolgen für die Verantwortlichen gegeben. Die UNO geht in solchen Fällen eben lieber diskret vor.

Nicht sonderlich erfolgreich wird das „Unternehmen Atlanta“ der EU weiter betrieben. Die Bekämpfung der Piratenangriffe im Indischen Ozean, die ebenfalls von der NATO („Ocean Shield“) und von USA („Task Force 151“) versucht wird, hat 2011 ganze 7 Milliarden Dollar gekostet. Von 550 Überfällen konnten 430 vereitelt werden, aber das Problem besteht weiter. Die Piraten, falls sie gefaßt werden, gehen meist sofort wieder heim, weil keine Gefängnisse für sie vorhanden und weil sich niemand wirklich für sie interessiert. Andererseits floriert das Piratengeschäft weiter; dort kennt man noch das „Wachstum“: 2010 wurden 80 Millionen Dollar als Lösegeld kassiert, 2011 schon 146 Millionen. Auch Netze zu Lande (vielleicht Terroristen?) und gewisse Vermittler verdienen gut, ebenso Söldner-Gesellschaften des „Westens“. Die Reeder haben 2011 gar 1,2 Milliarden für den Schutz der Schiffe ausgegeben. Die Versicherungen 685 Millionen dazu. Bimco (Reederverband) und Lloyd wollen als Privatflotte 18 bewaffneten Schiffe im Aden-Gebiet patrouillieren lassen. Die EU hat in den letzten vier Jahren zwei Milliarden Euros zur „Festigung der Region“ ausgegeben. Anscheinend versickerten sie zumeist wirkungslos im Sande.

Trilateral Commission

Lucas Papademos und Mario Monti, die EU-bestellten Retter Griechenlands bzw. Italiens, haben manches gemeinsam: sie wurden nicht vom Volk gewählt, haben eine Bank-Vergangenheit und erhielten ihre Ausbildung in USA.

Mario Monti (*19.3.1943) ist Senator auf Lebenszeit, studierte in Yale. Lucas Dimitrios Papademos (*11.10.1947) studierte in Massachusetts (MIT) und war 2002 bis 2008 Vizechef der Europäischen Zentralbank.

Ach ja, beide sind Mitglieder der „*Trilateral Commission*“ (TC = anfangs Angelsachsen /Westeuropa/ Japan; inzwischen aber über 100 Mitglieder stark) jener ganz besonderen Gesellschaft, der auch Henry Kissinger, Bill Clinton, George Bush und Timothy Geithner, Paul Volcker, Alan Greenspan, Madeleine Albright, William Dudley (FED); Martin Feldstein, Richard Fisher (FED); J. Negroponte (CIA in Mittelamerika, Irak, usw.); Condoleezza Rice, Larry Summers (Berater Obamas), Robert Zoellick (Weltbank), Javier Solana (NATO) und... Ewald Nowotny (Wien) u.a. angehören. Paul Volcker und Alan Greenspan, Mitbegründer der TC, leiteten die *Federal Reserve* 1979-2006.

Die TC (gegründet 1973) geht auf David Rockefeller zurück, der auch dem berüchtigten *Council on Foreign Relations* (CFR) und der zwielichtigen Gruppe der Bilderberger angehört.

1972 schlug Rockefeller den Bilderbergern vor, eine „Internationale Kommission für Frieden und Fortschritt“ zu gründen, daraus wurde eben die TC.

Die Organisation hält Kontakt zu beinahe allen *Managern* der großen Finanz- und Wirtschaftsgruppierungen der Welt und stellt somit eine wichtige Schaltstelle der oft zitierten Globalisierung dar. Ob es trotz der einflußreichen Begleitung ihren „Rettern“ gelingt zu verhindern, daß die wachsende Diskrepanz zwischen den Interessen der Macher und den Bedürfnissen der Völker eine zu hohe Spannung erreicht, bleibt allerdings fraglich. Es geht längst nicht mehr „nur“ um Finanzen. Die Krise marschiert und wird neue Kräfte freisetzen. Es wird auch für die EU-Riege nicht genug sein, Papandreu durch Papademos und Berlusconi durch Montis zu ersetzen. Formale Spielchen am Volk vorbei reichen nicht mehr aus. Nicht ein Land, ob Griechenland, Italien, Spanien, wackelt: es wackelt ein System!

Liebe Freunde!

Durch eine technische Panne unklarer Ursache waren bei einigen Beiträgen unserer vorigen Ausgabe die jeweils letzten Zeilen leider nicht lesbar. Wir bitten die Fehler zu entschuldigen und fügen hier die betroffenen Stellen als Nachtrag ein.

Seite 1, linke Spalte („Verderbnis“):

Das kleinliche, schmutzige, miese Spiel partikularer Interessen wird noch am Ende der Vorstellung unser aller Verderben nach sich ziehen!

Seite 1, rechte Spalte („Grüne..“):

Er war nun Teil des Systems, das er zuvor verteufelte. „Nur Idioten ändern sich nicht“, sagt er zu jenen, die seine „Wandlungen“ kritisieren. Doch mit diesem Satz sollte er vorsichtig sein: denn Schily ist noch der in sich selbst verliebte Opportunist, der er auch anfangs war.

Seite 2, oben („Obama...“):

The Times of India beurteilt die „strategische Assozierung“, die Washington dem Riesen Indien angeboten hat, am 5.1.2012 mit klaren Worten: „Die Vereinigten Staaten sehen in China eine Bedrohung ihrer Sicherheit und suchen die Assozierung mit Indien.“

Seite 2, unten (Die Krise...“):

Erschöpft seufzte England 1919: Teuer war es, aber die Investition hat sich gelohnt! Doch bloß fünfzehn Jahre später waren diese *damned Germans* wieder da! Der City war klar, man mußte wieder - *sorry* - Krieg führen! Usw. usw. Die Diagnose ist jetzt klar. Den Istzustand lesen Sie auf S. 3.

Seite 3, rechte Spalte („Schöne freie Welt“)

Frau Maria Klingler, aus Kirchdorf/Tirol, in einem Leserbrief: „Allen verantwortungslosen Abgeordneten, die den ESM abgesegnet haben, schreibe ich das Wort von Karl Valentin ins Stammbuch: Mögen täten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut! Schämt euch, ihr Waschlappen!“

Blick in die Ferne

Die Lage im „Hinterhof des Westens“ ist in den letzten Jahren interessanter geworden. Die Spannungen werden deutlicher und ebenso die Entschlossenheit der in Abhängigkeit gehaltenen Völker, ihre Interessen tatsächlich wahrzunehmen. Wir sollten diese Entwicklung aufmerksam verfolgen. Hier einige der letzten Meldungen aus Übersee:

Im April hat Washingtons „Comando Sur“ einen weiteren Schritt zur Ausweitung militärischer Herrschaft gesetzt und in Chile, 30 km nördlich von Valparaíso, einen „Ausbildungs-Stützpunkt“ gegründet. Das chilenische Parlament wurde nicht gefragt. Ausbildungsziel soll „Friedenserhaltung“ und „zivile Stabilität in Wohngebieten“ sein, sprich: Bürgerkriegsübungen. Das Comando Sur hat „Filialen“ in 30 Staaten.

In Buenos Aires hat das Außenamt ein internationales Treffen zur Frage der englischen Besetzung des argentinischen Malvinen-Archipels veranstaltet. Auffällig war diesmal nicht nur die Teilnahme von Vertretern Brasiliens und Chiles (Argentinien alte „Konkurrenten“), sondern auch Rußlands und Chinas.

Argentinien, unter seiner „populistischen“ Präsidentin, die eine Politik der Verstaatlichung betreibt und die sogenannte Globalisierung ablehnt, gerät zunehmend in die Kritik des „Westens“. Die Propaganda-Geschützte CNN, AP und BBC feuern gegen sie ähnlich wie gegen Venezuela. *Chicago Tribune* schrieb neulich: „Die populistische Wirtschaftspolitik Argentiniens führt zur Katastrophe.“ und „Wie schade, ein wirtschaftlich derart viel versprechendes Land zu sehen, das den Weg des Fortschritts wieder verläßt!“

Der Präsident Boliviens, Evo Morales, hat vor der UNO Washington beschuldigt, „der erste Terrorist der Welt“ zu sein, der „staatlichen Terror“ praktiziere und Libyen wegen der Ölvorkommen angegriffen habe. Bolivien habe übrigens den Coca-Anbau „ohne Tote und Verletzte und bei Respektierung der Menschenrechte reduziert“. Es werde keinen freien Anbau geben, aber Coca-Blätter seien kein Kokain, sondern ein traditionelles Produkt. Seine Regierung habe die extreme Armut um 20 % reduziert durch Verstaatlichung von Privatvermögen. „Wirtschaftsmodelle, die das Kapital in wenigen Händen konzentrieren, verursachen Ungerechtigkeiten,“ betonte Morales. Er empfiehlt allen, die natürlichen Ressourcen zu verstaatlichen „weil sie dem Volk gehören und nicht den internationalen Konzernen“.

Zitate

„Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien, aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine intelligente Meinung über das Thema, weil es verboten war, sie auszudrücken.“ *James Bacque, Kanadischer Historiker*

„Wir stehen am Beginn einer weltweiten Verwandlung. Alles was wir brauchen, ist eine passende größere Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren.“ *David Rockefeller, Großspekulant, am 23. September 1994*

Das verschwundene Land

Täglich werden wir von den Medien an die Finanzkatastrophe in Griechenland und das große Bankenzittern in Spanien erinnert, gelegentlich auch an Obamas Haushaltskrise. Dabei lärmte die jüngste Finanzmisere zunächst in Island, als 2008 der dortige Staat die Pleite verkünden mußte. Über deren Ursachen wurde freilich nicht viel berichtet, und über die inzwischen von den Isländern getroffenen Maßnahmen wird seitdem von den Medien ein seltsames Stillschweigen eingehalten. Island ist aus den Tagesmeldungen sonderbar verschwunden. Ein Grund mehr, nähern hinzuschauen:

Ums Jahr 2000 entschlossen sich die Politiker Islands, ihren kleinen Staat der globalisierten Finanzwelt völlig zu öffnen. 2003 privatisierten sie alle ihre Banken und boten dem Ausland gute Rendite und sogenannte „Finanzprodukte“. Viele Briten und Niederländer legten frohgemut ihre Gelder dort an. Das Geschäftsvolumen der nun privaten Banken wuchs überdurchschnittlich, Islands Auslandsschulden auch. Das Land galt in der Presse als fortschrittlich und reich.

Die Schulden des Staates waren damals, 2003, doppelt so hoch wie das jährliche Bruttoinlandsprodukt; 2007 waren sie neunmal (!) höher. Dem (Alb-)Traum folgte ein Erwachen: 2008 waren die drei größten Banken (Landbanki, Kaupthing, Glitnir) zahlungsunfähig. Der Staat, also die Steuerzahler, mußten sie „retten“, d.h. verstaatlichen. Die isländische Krone war nun kaum mehr als Papier, Island Ende 2008 amtlich bankrott. Soweit, so schlimm. Was folgte aber ist beachtenswert: Regierungschef Geir Haarde, Sozialdemokrat, wandte sich an die «westliche Wertegemeinschaft» mit der Bitte um Dollarkredite, doch die internationalen Geldleiher, voran der berüchtigte Internationale Währungsfond (IWF) und die glücklose EU, stellten sehr harte Bedingungen für ihre Kredite, denn ihr Hauptziel war es, die Zahlungen an die britischen und niederländischen Anleger zu sichern. Die Kosten der Kreditierung aber waren den Schultern des Isländers-zu-Fuß zgedacht, und da war die Rechnung der Finanzgauler ohne den eigentlichen Wirt gemacht, nämlich ohne den Souverän: das isländische Volk.

Auf den Straßen waren plötzlich Szenen zu sehen, die man am allerwenigsten auf der kalten Nordinsel erwartet hätte: Protest, Tumult und Straßenschlachten! Direkt-demokratisch wurde bald die Regierung weggeputzt. Die als Notausgang geplanten Neuwahlen ergaben eine „linke“ Regierung, die sich, wie gewöhnlich, vom Brutalkapitalismus verbal „distanzierte“, aber im Sinne der „Realos“ zu Rückzahlungen ans Ausland bereit war: Jeder Steuerzahler sollte 15 (fünfzehn) Jahre lang, monatlich 100 Euros an die Geldleiher zahlen (Zinsfuß 5,5%), um die Schulden zu tilgen, die von den Privatbankiers verursacht worden waren.

Was nun auf Island geschah, ist hierzulande kaum vorstellbar: Staatschef Olafur Ragnar Grimsson weigerte sich, schlicht und einfach, das Rückzahlungsgesetz zu unterschreiben. Und er ging noch weiter: Er machte den Weg frei für das vom Volk gewünschte Referendum.

Mit allem hatten vielleicht die internationalen Finanzoligarchen gerechnet, nur mit der Direkten Demokratie nicht. Ihre Antwort fiel dementsprechend aus. Dem Staatschef Grimsson wurde nach seiner Aussage gedroht: Wenn Island nicht den Forderungen entspräche, „würde es zum Kuba des Nordens gemacht“ und isoliert werden. Grimsson erläuterte: „Wenn wir diese Bedingungen aber akzeptiert hätten, wären wir schnell zum Haiti des Nordens geworden“.

Der IWF drohte mit der Sperrung von Krediten, England mit der „Einfrierung“ der isländischen Konten in Britannien. Die Isländer stimmten ungerührt im April 2010 dennoch ab: 93 % sprachen sich gegen die Rückzahlung der Schulden durch die Privathaushalten aus. Der IWF fror daraufhin jede Finanzhilfe ein. Die Schlacht ging allerdings weiter: durch die Volkswut gedrängt, leitete die Regierung eine Untersuchung der Machenschaften in der Bankenwelt ein. Jetzt fahndet Interpol nach Sigurdur Einarsson, Bankpräsident a.D. von Kaupthing. Andere Kollegen flohen ins Ausland.

Die Isländer entschlossen sich, die Wurzeln des Übels auszureißen und entwarfen eine neue Verfassung, die das Land von den internationalen Finanzspielen unabhängig machen soll.

Inzwischen hat Island den Weg der wirtschaftlichen Genesung beschritten, allerdings hüten sie sich, auf die „weisen“ Ratschläge von IWF und Frau Lagarde zu hören, die ja immer gerade jene Finanzpolitik empfehlen, die den Isländern die Katastrophe beschert hatte, nämlich die Zauberformel der „Privatisierung des öffentlichen Sektors“.

Bei einem derart „politisch inkorrekten“ Verhalten Islands ist es also nicht zu erwarten, daß die Medien in der EU künftig den Entwicklungen in Reykjavik mehr Aufmerksamkeit widmen werden. Island bleibt „verschunden“. Man erinnere sich nur an das Entsetzen der EU-Führer, als es dem Regierungschef G. Papandreu vor einem Jahr einfiel, seinem Volk ein Referendum über die Finanzpolitik vorzuschlagen! Als kennte die EU so etwas wie Demokratie!

Merkwürdigerweise stören die Finanzschmerzen Athens gar nicht, wenn es darum geht, teure Waffen in Washington, Bonn oder Paris zu kaufen. Beispiel: Während nach Athen die erste große Überweisung ging, bestellte Athen 400 Panzer M1 Abrams und 20 Amphibien-Fahrzeuge AA7VA1 für 1,28 Milliarden Euro.

Ähnliches geschah 2003 mit den EU-Subventionen für die Modernisierung der polnischen Landwirtschaft: das Geld wurde für den Kauf von Kampfflugzeugen F-16 in Washington verwendet. Polen zeigte sich dankbar und unterstützte dafür die Besetzung Iraks.

Übrigens, das Geschäft wurde von einem amerikanischen Anwaltsbüro vermittelt, dessen Chefin war Christine Lagarde, heute Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), die jetzt Spardiktate für Rentner und Arbeitslose als wirtschaftliche Lösung anbietet. Manche Namen kommen immer wieder vor!

Wiener Beobachter, Folge 243 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wienerbeobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *

Verlagspostamt: 1170 Wien